



INFOMAIL

Berliner Politik aus Sicht Ihres Wahlkreisabgeordneten in Karlsruhe-Land

Freitag, 14. Februar 2020

Band 14, Ausgabe 2

Themen

- **Bundeswehr**
- **Digitales**
- **Inneres**
- **Gesundheit**

«Ich gehe fest davon aus, dass Friedrich Merz als Kandidat zur Verfügung steht, und ich glaube, CDU und CSU wären gut beraten, dieses Angebot auch anzunehmen»

(Christian von Stetten, MdB, Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion)

In dieser Ausgabe:

- Corona Virus: Kein Grund zur Panik 2
- Zur aktuellen politischen Lage 2
- Ausreisepflicht konsequent durchsetzen 3
- Weniger Ressourcen verschwenden 3
- Digitale Souveränität beim 5-G Ausbau 4

Deutschland übernimmt Verantwortung

Deutschland hat in den vergangenen Jahren Erhebliches geleistet und trägt beachtliche internationale Verantwortung – sowohl im diplomatischen wie im sicherheitspolitischen als auch im entwicklungs- und politikpolitischen Bereich. Die Verteidigungsausgaben sind in den vergangenen sechs Jahren deutlich angestiegen. Mit dem Geld stattdessen wir die Bundeswehr so aus, dass sie ihrer Verantwortung gerecht werden kann. Als zweitgrößter Beitragszahler der Vereinten Nationen sorgen wir dafür, dass diese ihren Einfluss zur Festigung der regelbasierten internationalen Ordnung geltend machen kann. Dafür setzen wir uns auch als Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ein.

Teil der Wahrheit ist aber auch, dass unser Koalitionspartner uns teilweise dabei ausbremst, noch mehr Verantwortung zu übernehmen. Dass wir unsere wichtige Ausbildung der irakischen Streitkräfte nicht mit anderen Partnernationen unter dem Dach der NATO verrichten

können, verstehen viele Partner und Freunde nicht. Auch eine deutsche Beteiligung an einer Mission zur Sicherung der freien Schifffahrt in der Straße von Hormus wäre ein wichtiges Signal von uns als einer der wichtigsten Handelsnationen weltweit gewesen. Hierzu war die SPD nicht bereit.

Die NATO ist alles andere als hirntot. Dies zeigt sie tagtäglich nicht nur in der Übernahme von Verantwortung in Afghanistan, im Mittelmeer oder im Irak. Sie ist auch eine einzigartige Rückversicherung für die Menschen in den 29 Mitgliedstaaten. Aber auch wenn die NATO das erfolgreichste Sicherheitsbündnis der Welt ist, heißt das nicht, dass sie nicht ständig an neue Herausforderungen angepasst werden muss. Die NATO muss der Bedrohung von Seiten Russlands ebenso begegnen wie den Gefahren des Terrorismus und staatlicher Instabilität im Süden und Südosten. Diesem Ziel dient



beispielsweise die Ausbildung irakischer Streitkräfte auf Einladung der irakischen Regierung. Und die NATO muss Antworten auf neue Herausforderungen geben – im Cyberraum, im Weltraum, aber auch mit Blick auf neue Waffensysteme wie Hyperschallwaffen oder autonome Waffen.

Auch die Europäische Union ist sicherheitspolitisch immer mehr gefragt. Sie verfügt über einmalige Fähigkeiten, maßgeschneiderte zivilmilitärische Krisenbewältigungskonzepte zu erarbeiten und zu implementieren. Gleichwohl liegt es nicht in ihrer DNA, sicherheitspolitische Verantwortung zu übernehmen. In diese Rolle muss sie hineinwachsen. Das heißt, die EU muss entschiedener eigene Interessen auf der Welt vertreten. Hierzu gehört auch, für Stabilität in der eigenen Nachbarschaft zu sorgen. Die wird umso wichtiger, wenn sich die USA aus weiteren Regionen als Ordnungsmacht zurückziehen, beispielsweise aus Nordafrika und der Sahelzone.

Corona Virus: Kein Grund zur Panik

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hat sich für ein international abgestimmtes Vorgehen im Kampf gegen das neue Corona-Virus ausgesprochen. In einer aktuellen Stunde des Bundestages versprach Spahn größtmögliche Transparenz und Aufklärung.



„Wir wollen uns mit so vielen Partnern wie möglich international abstimmen“, sagte Spahn – innerhalb der EU, mit den europäischen Nachbarstaaten, in der G7 wie auch auf Ebene der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Es gehe um Maßnahmen rund um Einreisen, um die Entwicklung von Impfstoffen und Therapiestoffen sowie um Aufklärung.

Besonders in der Erforschung von Impfstoffen und Therapien kommt es auf die internationale Zusammenarbeit an. Entwicklungsarbeiten dürfen nicht in nationalen Silos erfolgen. Nationalismus ist auch hier falsch und führt in die Sackgasse. Deutschland ist mit seinen Forschungseinrichtungen gut aufgestellt, einen Beitrag zur weltweiten Bekämpfung des Corona-Virus zu leisten.

Außerdem dürfen wir die Chinesen wegen ihrer Zurückhaltung bei der Weitergabe von Informationen keinesfalls in die Enge zu treiben. Wenn man Informationen von ihnen wollte, muss man ihnen in Partnerschaft begegnen, mit dem unablässigen Angebot der Kooperation.

Es besteht außerdem kein Grund zur Panik. Die Grippeepidemie in den vergangenen Jahren ist weitaus schlimmer verlaufen, was auch mit der geringen Wertschätzung der Grippeimpfung zusammenhänge.

Die wenigen Erkrankungen in Deutschland und die Evakuierung von Deutschen aus China zeigen, dass unsere Strukturen und Maßnahmen funktionieren – auch im Ausnahmefall.

Mit dem Aufbau der Quarantäne-Infrastruktur in Gernsheim und anderen Maßnahmen hat eine Weiterverbreitung des Virus wie in China verhindert werden können. Das verdanken wir insbesondere allen Helfern, von der Bundeswehr über das Rote Kreuz bis zu Ärzten und Pflegern.

Zur aktuellen politischen Lage

Annegret Kramp-Karrenbauer hat sich dazu entschlossen, nicht als Kanzlerkandidatin zur Verfügung zu stehen und beim nächsten Parteitag nicht mehr als Parteivorsitzende der CDU zu kandidieren. Wir haben großen Respekt vor ihrer Entscheidung. Wir dürfen uns jetzt aber nicht in endlosen Personaldiskussionen verlieren. Das würde uns schaden.

Wir als Fraktion sind jetzt der Stabilitätsanker der Union, hier arbeiten CDU und CSU im Interesse unseres Landes gut zusammen. Wir haben viele Projekte vor uns, die wir angehen und die wir derzeit beraten: Stärkung

unseres Wirtschaftsstandorts, bessere Bedingungen für die Landwirte, Kohleausstieg, Strukturwandel in den betroffenen Regionen, Stärkung der Bundeswehr und der inneren Sicherheit, Nachmittagsbetreuung an Grundschulen. Die Menschen in Deutschland erwarten von uns in der Union Antworten für die Zukunft unseres Landes.

Was Thüringen und die Debatte darum angeht, ist für uns klar: Bei der Abgrenzung nach rechts und linksaußen darf es keine Grauzonen geben. Das ist eine Schwarz-Weiß-Entscheidung.



Das ist für uns auch eine Haltingsfrage.

Aus gutem Grund hat die CDU auf dem Parteitag im Dezember 2018 folgenden Beschluss gefasst: „Die CDU Deutschlands lehnt Koalitionen und ähnliche Formen der Zusammenarbeit sowohl mit der Linkspartei als auch mit der Alternative für Deutschland ab.“

Ebenso haben wir als CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag Anfang 2018 einen Beschluss gefasst, nach dem wir mit keiner dieser beiden Kräfte zusammenarbeiten. Und dabei bleibt es.

Ausreisepflicht konsequent durchsetzen

Bundesinnenminister Horst Seehofer will die Zuständigkeit der Bundespolizei für Abschiebungen erweitern. Dieser Vorstoß des Bundesinnenministers ist richtig und dringend geboten. Die Zahl der Rückführungen stagniert seit 2016. Zwar konnte zum Beispiel Bayern seine Rückführungsquote im vergangenen Jahr erheblich steigern. In einigen Bundesländern – so etwa in Brandenburg, Thüringen oder Niedersachsen – sind die Rückführungen im vergangenen Jahr mit einem Minus zwischen 25 und 30 Prozent jedoch regelrecht eingebrochen. Offenkundig fehlt es dort an dem politischen Willen, ablehnende Asylbescheide auch durchzusetzen.

Die Bundespolizei kann diese Lücke nicht füllen, aber sie kann mehr als bislang unterstützend tätig werden. Wenn



wir die illegale Zuwanderung unterbinden wollen, gehört dazu auch, dass wir geltendes Recht konsequent durchsetzen. Wir müssen den Aufenthalt von Personen beenden, die nach einer rechtsstaatlichen Entscheidung kein Bleiberecht haben und unser Land nicht freiwillig verlassen wollen.

Es ist absolut unbefriedigend, dass über die Hälfte aller geplanten Abschiebungen abgebrochen werden müssen. Hier scheidet der Rechtsstaat und dabei darf es nicht bleiben. Einer der Hauptgründe für die Stornierung ist, dass der Abzuschiebende kurzfristig nicht aufgefunden werden kann.



Künftig ‚No-Name-Buchungen‘ einzusetzen, ist ein guter Ansatz, um die vollziehbare Ausreisepflicht konsequenter durchzusetzen. Wir haben bereits im vergangenen Juni in unserem Migrationspaket mit einer Reihe von Maßnahmen reagiert. Wir haben die Voraussetzungen für den Ausreisegewahrsam und die Abschiebehaft gesenkt, die Betretensrechte für die Polizei neu geregelt und den Ländern durch die Aufhebung des Trennungsgebotes die Möglichkeit eröffnet, Haftanstalten für die Abschiebehaft zu nutzen.

Wir werden in den nächsten Monaten Bilanz ziehen, was diese Maßnahmen gebracht haben. Aber all das nützt dann nichts, wenn es in einigen Bundesländern an dem politischen Willen fehlt, die Ausreisepflicht auch konse-

Weniger Ressourcen verschwenden

Wir wollen die Kreislaufwirtschaft voranbringen. Das ist eines unserer zentralen umweltpolitischen Ziele. Denn die Vernichtung von funktionsfähigen Produkten bedeutet eine Verschwendung von Ressourcen. Dagegen wollen wir an-



Die Produktverantwortung der Hersteller und des Handels soll eine Obhutspflicht hinsichtlich der vertriebenen

Erzeugnisse umfassen. Das heißt für uns, es gilt auch eine Pflicht, bei der Rücknahme dafür zu sorgen, dass die Erzeugnisse gebrauchstauglich bleiben und nicht zu Abfall werden. Genau damit adressieren wir das Problem der sogenannten Retourenvernichtung. Vor allem im Versandhandel wird vom Kunden retournierte Ware aus wirtschaftlichen Gründen vernichtet.

Wir müssen aber auch sehen, dass Produktvernichtung nicht

im Interesse des Handels ist. Im Gegenteil: Sein Ziel ist die Vermeidung von Retouren. Trotzdem wollen wir auf dieses Problem ein Auge haben und auch den Rechtsrahmen anpassen. Transport und Aufbewahrung neuer Waren soll so gestaltet werden, dass die Produkte länger nutzbar bleiben. Vernichtung muss das letzte Mittel werden. Dazu wollen wir auch mehr Transparenz beim Handel in dieser Frage. Das werden wir jetzt mit der Überarbeitung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes regeln.

AXEL E. FISCHER
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030-227-73790
Fax: 030-227-76677
E-Mail: axel.fischer@bundestag.de

«Jetzt muss die CDU für sich selber eine ganz zentrale wichtige Entscheidung treffen, eine strategische Entscheidung, nicht nur eine personelle: Findet sie die Kraft, noch einmal sich zu erneuern? Meine Aufgabe ist mitzuhelfen, dass das funktioniert.»

(Markus Söder, Bayerischer Ministerpräsident, am Montag im Bayerischen Fernsehen)

Digitale Souveränität beim 5-G Ausbau

5G-Netzen kommt eine zentrale Bedeutung im digitalen Transformationsprozess unserer Wirtschaft und Gesellschaft zu. Sie werden in Zukunft ein breites Spektrum an Anwendungen möglich machen, die weit über die heute bekannten Formen mobiler Kommunikation hinausgehen, und damit Grundlage für viele Entwicklungen des 21. Jahrhunderts sein.

5G-Netze sind Teil der kritischen Infrastruktur Deutschlands und unterliegen besonders hohen Anforderungen. Bei der Frage, ob der Datenfluss in diesen Netzen manipuliert, kontrolliert oder sabotiert werden kann und seine Inhalte anderen Staaten zugänglich sind, geht es um nicht weniger als die Autonomie und Souveränität unseres Landes. Die Sicherheit dieser kritischen Infrastruktur muss Priorität haben. Der mit Blick auf unsere wirtschaftspolitischen Ziele dringend erforderliche rasche Aufbau der 5G-Netze und ihre flächendeckende Verfügbarkeit sind mit den nationalen Sicherheitsinteressen in Einklang zu bringen.

Unsere Sicherheitsbehörden weisen darauf hin, dass der

technischen Überprüfung und Überwachung eines so komplexen und dynamischen Systems wie eines 5G-Netzes Grenzen gesetzt sind. Gleichwohl sind wir dem Versuch, Daten in 5G-Netzen auszuspähen, nicht wehrlos ausgeliefert. Der Einsatz einer starken Kryptographie und einer Ende-zu-Ende-Verschlüsselung bietet die Möglichkeit, die Vertraulichkeit der Kommunikation und der ausgetauschten Daten zu wahren.



Zentrales Ziel unserer Politik muss es sein, in Deutschland weltweit den Maßstab für sichere 5G-Netze zu setzen. Die Bundesregierung ist aufgefordert, zügig die Novelle des Telekommunikationsgesetzes und das IT-Sicherheitsgesetz 2.0 vorzulegen, in denen klargestellt wird, welche Anforderungen an Sicherheit und Vertrauenswürdigkeit Telekommunikationsausrüster erfüllen müssen, um sich am 5G-Netzausbau in Deutschland beteiligen zu dürfen.

Die Bundesregierung ist darüber hinaus aufgefordert, sich auf europäischer Ebene für einen einheitlichen, hohen 5G-Sicherheitsstandard einzusetzen. Für kritische Komponenten müssen höchste Sicherheitsanforderungen gelten. Bei

Planung und Aufbau der Netze sind aus Sicherheitsgründen „Monokulturen“ durch den Einsatz von Komponenten unterschiedlicher Hersteller zu vermeiden.

Wir wollen die Erforschung und Entwicklung von kryptographischen Sicherheitstechniken und den Einsatz von flexibel einsetzbarer Mobilfunknetztechnik (Open-RAN) vorantreiben.

Deutschland muss gemeinsam mit seinen europäischen Partnern eine Industriestrategie ausarbeiten, die sich zum Ziel setzt, europäische Unternehmen dauerhaft in den Stand zu setzen, ein international konkurrenzfähiges und sicheres 5G-Netz in allen Teilen bereitzustellen und aufzubauen, sowie sie gegen feindliche Übernahmen aus dem Ausland zu schützen.

Dabei muss geprüft werden, wie 4 entsprechende Kompetenzen auch wieder in Deutschland aufgebaut werden können. Dies gilt entsprechend auch für andere IT-Infrastrukturen mit hohen Sicherheitsanforderungen. Sollte ein Unternehmen gegen Sicherheitsauflagen und -anforderungen verstoßen, muss das erhebliche, auch rückwärtsgerichtete Sanktionen einschließlich der Entziehung des Sicherheitszertifikates nach sich ziehen. Für die 5G-Zertifizierung müssen europaweit einheitliche hohe Standards gelten.